

Der Textil-Arbeiter

**Vereinzelt seid Ihr Nichts.
Vereinigt Alles!**

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Bezugspreis das Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Postgeld oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Berlin O. 27, Magazinstr. 6/7 II
Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 1074

Anzeigen die dreigespaltene Kleinzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf. Anzeigen, Bezugs- und Verbandsgelder sind an Otto Jehms, Berlin O. 27, Magazinstr. 6/7 II, zu richten. Postfachkonto Berlin 5383.

Inhalt: Völkerbund (Gedicht). — Anlust zur Arbeit oder wirtschaftliche Not? — Petition Betriebsrätegesetz betreffend. — Organisation der Forschungstätigkeit für die Textilindustrie. — Ein deutsches Tarifarabib. — Uebertritt des Verbandes der Färber und Chemischwäscher in den Deutschen Textilarbeiterverband. — Zum Kohlenmangel in den Flachschöfereien (I). — Valuta. — So fortige Sozialisierung der Textilindustrie. — Tarifvertrag betreffend. — Lohnbewegung der Textilarbeiter in Augsburg. — Zum Metallarbeiterstreik in Berlin. — Aus den Gewerkschaften. — Aus der Textilindustrie. — Zur Ernährungsfrage. — Berichte aus Fachkreisen. — Bekanntmachungen. — Unterhaltungsstück: Der Zukunftsstaat.

Anlust zur Arbeit oder wirtschaftliche Not?

In bürgerlichen und auch in einem Teil der sozialistischen Presse wird seit Monaten in allen Tonarten über die Anlust zur Arbeit und den Rückgang der Arbeitsleistungen geklagt. Regierungsvertreter haben wiederholt erklärt, daß Deutschland nur durch die höchste und intensivste Arbeitsleistung und Anspannung aller Kräfte vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch zu retten sei. Daß dieses wirtschaftliche Elend durch den vierjährigen Krieg, welcher die kapitalistischen Verbrechen häufte und die wirtschaftliche Not verschärfte, herbeigeführt worden ist, wird geflissentlich verschwiegen. Dafür aber werden Streiks, deren Ursache in der wirtschaftlichen Not begründet ist, kurzerhand zu politischen Kämpfen gestempelt, und die sozialistische Regierung in ihrer Verbblendung ergreift gegen die streikenden Arbeiter Partei und bietet zur Befriedigung der Streiks vielfach Soldaten auf. Es ist genau wieder wie zu Puttkamers Zeiten, welcher die Auffassung vertrat, daß hinter jedem Streik die Hydra der Revolution lauere. Roske wie Puttkamer haben viel Geistesverwandtes in ihren Anschauungen, um dem Kapitalismus zu dienen, nur in der Anwendung der Mittel ist Roske der Brutalere. Für dieses verkehrte Handeln der Regierung hat die kapitalistische Presse volles Verständnis. Einmal bedeutet es die Förderung des Kapitals, und zum andern ist es ein brauchbares Mittel, um von allen kapitalistischen Schändlichkeiten und Verbrechen während des Krieges und in der Gegenwart durch Schimpfen auf die „faule Arbeiterchaft“ abzulenken und die Erinnerung an dieselben zu verwischen. Es waren auf einmal die Arbeiter, die durch ihre „unsinnigen Streiks“ an allem schuld waren. Unter dieser Atmosphäre, die durch eine künstliche Heze gegen die Arbeiterschaft erzeugt worden war, konnte das Unternehmertum, welches bei Ausbruch der Revolution ein anderes Urteil von der Arbeiterschaft erwartete, seine Herrschaft wieder befestigen. Dem Unternehmertum wurde durch die Tat bewiesen, daß sich nichts gegen früher geändert hat, daß auch die Regierung der ersten deutschen Republik die Interessen des Kapitals zu fördern versteht, und es ist kein Beispiel in der Geschichte zu finden, wo im alten Deutschland in Zeiten der schlimmsten Reaktion brutaler Mittel zur Niederwerfung der Arbeiterschaft in Anwendung gebracht worden wären. Es mangelt dem Unternehmertum an nichts. Warum sollte man denn nicht einen Kampf auf breiter Linie gegen die Arbeiterschaft führen? Der Kampf ist gefunden! Lohnabbau ist das Lösungswort der Unternehmer!

Hinter diesem Kampftruf verbirgt sich gleichzeitig der Kampf zur Vernichtung der Organisation. Der Streik der Berliner Metallarbeiter ist der erste Auftakt zu diesen Kämpfen. Der gewerkschaftliche Nachrichtendienst, herausgegeben von der Generalkommission der Gewerkschaften, schrieb zum Berliner Metallarbeiterstreik:

Nicht nur die Kürzung des Lohnes ist das Ziel der Unternehmer, sondern ihr Kampf richtet sich auch gegen die Organisation der Metallarbeiter. Bei dem Streik im Juli d. J. mußten zirka 30 000 Arbeiter in den Streik treten, um die Maßregelung von 42 Vertrauensleuten der Organisation und Betriebsräten rückgängig zu machen.

Die Maßnahmen der Unternehmer richten sich nicht nur gegen die Berliner Metallarbeiter, sondern gegen die Arbeiterschaft im allgemeinen. Aus allen Teilen des Reiches melden sich die Anzeichen, daß die Unternehmer genau wie in Berlin vorgehen wollen. Gelingt es den Scharfmachern der Berliner Metallindustrie, ihre Ziele durchzusetzen, dann werden die Unternehmer im Reich dadurch angepornt, gleichen Zielen zuzustreben. Wehren die Berliner Metallarbeiter diesen Schlag erfolgreich ab, so ist dieser Erfolg gleichzeitig der Erfolg der deutschen Arbeiterschaft. Dessen sind sich die Berliner Metallarbeiter voll bewußt, darum haben die am höchsten entlohnenden Gruppen den Kampf eröffnet. Die Metallindustriellen Deutschlands sowie die gesamte Unternehmerschaft ist bestrebt, die Arbeiterschaft in die vorrevolutionäre Abhängigkeit zurückzuführen.

Einig und unter Wahrung höchster Solidarität der gesamten Arbeiterschaft Deutschlands wird diese den Kampf gegen das geeignete Kapital aufnehmen müssen.

Diese Erklärung kennzeichnet treffend die gegenwärtige Situation. Die Wetterzeichen stehen auf Sturm! Die Arbeiterschaft muß sich auf schwere wirtschaftliche Kämpfe einrichten. Die Unternehmer aller Industriezweige drängen zum Kampf. Die Erklärung der Generalkommission zum Metallarbeiterstreik ist auch deshalb beachtenswert, weil sie gleichzeitig das Vorgehen des Berliner Polizeipräsidenten Ernst verurteilt, welcher durch sein Versammlungsverbot sich zum Mittel des Kapitals machte. Es ist dies, wenn es auch nicht direkt ausgedrückt ist, immerhin eine Leistung, die anerkannt werden muß, zumal die Generalkommission mit allen Regierungsstellen durch dick und dünn gegangen ist. Auch Ernst ist ihr Mann. Hoffentlich hält diese Weigerung auch für die Zukunft an. Es ist wirklich die höchste Zeit.

In der Textilindustrie mußten in den letzten Wochen wiederholt Lohnverhandlungen ergebnislos abgebrochen werden, obwohl die Löhne in keinem Verhältnis zu den gegenwärtigen Lebensaufwendungen stehen. Die Unternehmer erklären bei diesen Verhandlungen, daß sie in der Lohnfrage nicht weiter gehen können, da sie ohne

Völkerbund.

Traum aus fernem Jugendtagen,
Bild aus Zeiten, holdverklärten —
Willst du dich zum Lichte wagen?
Willst du endlich Wahrheit werden?
Sollen sich zum Bunde einen
Die Bewohner aller Zonen?
Soll'n als Brüder sie erkennen,
Alle Völker und Nationen?

Eisenfest stehn sie gerüstet,
Die Bezwingen unsres Landes,
Geiß nach Land und Volk geküßet
Sie's als Preis des Weltensbrandes.
Sich zwar klingen ihre Worte,
Aber ebern sind die Taten —
Ach, sie suchen nur die Piorte,
Uns an Leib und Gut zu schaden!

So aus Reid und Haß geboren,
Nann der Friebe nimmer kommen,
Für die Zukunft ist verloren,
Was aus frebler Gut entkommen.
Daß kann nur den Haß gebären!
Wollt ihr uns in Fesseln schlagen,
Wird die Saat statt goldner Ähren
Einst ganz andre Früchte tragen!

Brüder jenseits unsrer Grenzen,
Uns durch gleiches Ziel verflochten —
Laßt die Ideale glänzen,
Die wir einst vereint verfochten!
Wagt's, auch endlich zu ermannen,
Nacht mit offnen, reinen Händen,
Zreibt die Heuchlerbrut von dannen,
Die der Menschheit Ziele schänden!

Dann erst wird ein Friede flammen,
Wie ihn sehnten unsre Herzen,
Zreugefelt stehn wir zusammen,
Wie in Freuden, so in Schmerzen.
Nestlich Volk zum Bund geschwigt,
Wollen wir die Hände schließen,
Und es wird aus Dorn und Steinrigt
Neuer Menschheitsfrühling sprießen!

E. Maat im „Wahren Jakob“.

Der Zukunftsstaat.

II.

Die Aufgaben des sozialistischen Staates. Die Schulfrage.

Die Frage ist: Was hätte der sozialistische Staat eigentlich zu leisten? Es gibt Sozialisten, die dem künftigen Gesellschaftsorganismus die Aufgabe zuweisen wollen, alles und jedes zu leisten, sogar jede Haushaltsarbeit, Essenbereiten, Wäschewaschen, Zimmerreinigung, Kindererziehung vorzunehmen. Wenn diese Arbeiten alle von Staats wegen ausgeführt werden sollten, dann hätte derselbe eine solche Masse von Arbeitenden einzustellen, daß für Leibhaber der neuen Gesellschaft kaum noch freie Zeit übrigbliebe und die Behauptung, die sozialistische Ordnung würde eine Zuchtanstalt sein, nicht ganz zu Unrecht bestehen würde. Wir werden die Aufgabe des Staates viel enger umgrenzen: Der Staat soll für die Erzeugung der hauptsächlichsten Lebensmittel, der gewöhnlichen Nahrungs- und Kleidungsstoffe, sorgen; ferner hätte er die Baumaterialien herzustellen und für den Verkehr aufzukommen. Der Staat soll nur diejenigen Lebensmittel und Gegenstände des täglichen Bedarfs herstellen, die im Großbetrieb, im großen erzeugt werden können, bei deren Produktion die gesellschaftliche Kontrolle von seiten der Arbeitenden sowohl als sonstiger Mitglieder des zukünftigen Gemeinwesens leicht durchzuführen ist. Ich gehe, wie aus dem weiter Folgenden hervorgeht, nicht ganz unerheblich über die Minimalorganisation der staatlichen Erzeugung bei Popper-Lynkeus hinaus, und der Grund ist der, daß ich mir, im Gegensatz zu Popper-Lynkeus, das Vermögen der Besitzenden nicht konfisziert, sondern gegen Rente abgelöst denke, ebenso eine höhere Entschädigung für qualifizierte Arbeit vorschlage. Dabei muß ich aber die Erzeugung besserer Nahrungsmittel, Kleidungsstoffe, Unterhaltungsmittel in Rechnung stellen. Der Privatinitiative überlassen denke ich mir die Beforgung des Haushalts, die Pflege der privaten Gärten, das Herausgeben von Büchern und Zeitschriften, in der Hauptsache auch den künftigen Bau von Wohnhäusern, die Herstellung von Möbeln und Luxusgegenständen.

Für die Erzeugung nicht nur des Lebensmittelminimums wie bei Popper-Lynkeus, sondern auch der Ablösungs-, gleich Rentenbeträge für die Besitzenden und die Entlohnung der geistigen Arbeiter würde, um des Endergebnisses vorwegzunehmen, eine fünf- bis sechsjährige „vaterländische Arbeitspflicht“ für Männer und Frauen genügen — unter der Voraussetzung gleichbleibender Intensität der Arbeit. Die Erhaltung, womöglich die Steigerung der Arbeitsintensität durch allgemeine Einführung des Taylorsystems müßte die Hauptaufgabe der zu bildenden Arbeitsüberwachungskomitees sein. Bei einem Abfallen der Arbeitsintensität durch Gleichgültigkeit und Mangel an Kontrolle wie im bolschewistischen Rußland würde natürlich alsbald allgemeines Elend die Folge sein. Am wirksamsten können bei den meisten Betrieben die Arbeiter selbst sich gegenseitig kontrollieren, sobald deren Ehrgefühl genügend geweckt ist, was gerade bei der sozialistischen Arbeiterschaft schon heute in der Hauptsache zutrifft.

Aus Zweckmäßigkeitsgründen denke ich mir die Arbeitsleistung der vaterländischen Arbeitspflicht in die frühe Jugend, nach Beendigung der allgemeinen Schulpflicht verlegt. Die Schulzeit wäre auszudehnen, und zwar für die Knaben bis zum vollendeten 16. bzw. 17. Lebensjahr, für die Mädchen bis zum vollendeten 15. Lebensjahr. Im 17. Lebensjahr hätte bei den Knaben halbe Schulpflicht, halbe Arbeitspflicht, gewissermaßen Beurlaubungszeit einzuführen, bei den Mädchen könnte dies ein Jahr früher, im 16. Lebensjahr, geschehen. Vom vollendeten 17. Lebensjahr hätte dann bei den Jünglingen die volle, täglich achtstündige Arbeitspflicht zu gelten, bei den Mädchen vom vollendeten 16. Lebensjahr an. Die Jünglinge könnten alsdann mit dem vollendeten 22. Lebensjahr mit ihrer Arbeitspflicht zu Ende sein, die Jungfrauen mit 20½ bis 21 Jahren.

Die Frage ist: Soll die Arbeitspflicht allgemein sein oder bloß „fakultativ“, das heißt bloßes Arbeitsrecht zwecks Erlangung eines bestimmten Entgelts, beziehungsweise einer bestimmten Pension von seiten des Staates für die spätere Lebenszeit? Ich habe in der ersten Auflage meiner Schrift ein bloßes Arbeitsrecht vorgeschlagen, an dem die Kinder der früheren Wohlhabenden, die Staatsrentner geworden

wären, nicht teilzunehmen brauchen, ebenso glaubte ich für die auf die akademischen Berufe sich Vorbereitenden eine Ausnahme zulassen zu müssen. Heute kann ich diesen Vorschlag des hohen Arbeitsrechts angesichts der ungeheuerlichen Ergebnisse des Weltkriegs nicht mehr aufrechterhalten. Die Demokratisierung des Volksbewußtseins, des ethischen Bewußtseins der Gebildeten und Nichtgebildeten ist durch die vierjährige Zwangsdienstpflicht und die Einführung der vaterländischen Hilfsdienstpflicht so gesteigert, daß Ausnahmen von der Regel nicht mehr zugelassen werden können, sondern allenfalls eine gewisse Abmilderung, zum Beispiel eine Beschränkung auf zwei bis drei Dienstjahre in der allgemeinen Arbeiterarmee. War doch auch in der französischen Armee für die Gebildeten die volle zweijährige Dienstpflicht durchgeführt. Selbstverständlich ist die spätere Pensionsbemessung für die Arbeitspflichtigen mit verkürzter Dienstzeit nur ihrer verkürzten Dienstzeit entsprechend zu bemessen, indem angenommen werden muß, daß sie den zum vollen späteren Lebensunterhalt notwendigen Zuschuß entweder aus vorhandenem, beziehungsweise von den Eltern sichergestellter Staatsrente oder aber, soweit sie geistige Arbeit leisten, aus dem Entgelt für die geistige Arbeit beziehen.

Die Schulfrage bedarf einer ergänzenden Betrachtung. Es ist selbstredend, daß bei der vorgeschlagenen Verlängerung der Schulpflicht der Bildungsgrad der die Schule Verlassenden und zur vaterländischen Arbeitspflicht Einzubeziehenden höher sein muß als unter den bisherigen Zuständen, bei denen die Leistungen der Volksschule vielfach auch aus dem Grunde mangelhaft bleiben, weil die Volksschüler außerhalb der Schulzeit gar nicht imstande sind, wie die Zöglinge der mittleren und höheren Schulen sich mit Schularbeiten zu befassen, sondern genötigt sind, ihren Eltern im Erwerb zu helfen, Laufburschen und Laufmädchen zu spielen. Bei der hier vorgeschlagenen Verlängerung und rationaler Ausnutzung der Schulzeit kann der Bildungsgrad der die allgemeine Volksschule Verlassenden auf den der heutigen „Einjährigen“, beziehungsweise der Absolventinnen der höheren Mädchenschulen gehoben werden.

hin auf Grund der bisherigen Abmachungen schwere Vorwürfe erhalten hätten. Dies bedeutet, daß sie höhere Löhne zahlen können, aber die Abmachungen der Unternehmer stehen dem entgegen. Der Reichswirtschaftsminister Schmidt hat vor kurzem bei Beratung der Valutafrage in der Nationalversammlung ausgeführt, daß seit 1907 die Preise für die Lebensaufwendungen etwa um das Zehnfache gestiegen sind. Die Löhne der Textilarbeiter, die 1907 etwa 16-20 Mk. pro Woche betragen, sind in dieser Zeit nur etwa um das Dreieinhalbfache gestiegen. Na der Lebenshaltung der Textilarbeiter ist ein großes Manko vorhanden. Trotz alledem sprechen die Unternehmer vom Lohnabbau und versuchen direkt und indirekt, die Lohnquote zu senken. Dabei haben sich die Unternehmer in der letzten Zeit durch allerlei Mittel zu bereichern verstanden. Die Regierung hat übrigens ebenfalls zu dieser Bereicherung durch Verteilung von Staatsmitteln beigetragen.

Das Verhalten der Unternehmer zeigt, daß die Arbeiterklasse allein die Lasten des Krieges tragen soll. Dagegen gibt es seitens der Arbeiterklasse auf breiter Linie Protest zu machen. Die Differenzpunkte sind so groß, daß sie nicht allein durch guten Willen ausgeglichen werden können. Klüften wir deshalb zum Kampf! Das Verhalten der Unternehmer ist zurückzuführen auf die einseitige Parteinahme der Regierung gegen die Arbeiterklasse. Unmäßige Herausforderung der Arbeiterklasse seitens der Unternehmer ist die Folge. Anstatt, wie es Pflicht der Regierung wäre, die wirtschaftlich Schwachen zu schützen, ist sie durch ihre Maßnahmen zum Mittel des Kapitals geworden.

Wenn Deutschland nur durch eine durchgreifend organisierte Arbeit und nur durch die Mobilmachung aller Kräfte vor dem wirtschaftlichen Untergang gerettet werden kann, dann muß es heilige Pflicht der Staatsgewalt sein, die Arbeit und den Träger der Arbeit vor dem raublusternen Unternehmertum zu schützen. Ist die Regierung nicht in der Lage, das Unternehmertum in seine Schranken zurückzuweisen, dann wird und muß der wirtschaftliche Kampf auf breiter Linie entbrennen. Wir steuern dann unrettbar in den Abgrund. Nicht die Arbeiter sind es, die durch ihr Verhalten Deutschland in den Abgrund stürzen, sondern es sind dieselben Kräfte, die den Krieg mit Absicht herbeigeführt haben, die sich während des Krieges auf Kosten des Gesamtvolkes in unerhörter Weise bereicherten und die sich noch jetzt so bereichern.

Petition Betriebsrätegesetz betreffend.

Berlin, den 10. Oktober 1919.

An die Nationalversammlung,
Berlin, Reichstag.

Betriebsräte betreffend.

Der unterzeichnete Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes erlaubt sich, der Nationalversammlung nachstehende Petition zu unterbreiten:

Die Nationalversammlung wolle beschließen, den von der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände eingereichten Gesetzentwurf über Errichtung von Betriebsräten zu akzeptieren, dem Entwurf der Regierung aber die Zustimmung zu verweigern.

Begründung:

Die neuere Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands und anderer Industrieländer drängt gebieterisch nach der Herausarbeitung einer wirklichen Demokratie in den Betrieben von Industrie und Landwirtschaft. Die Periode, in welcher jeder einzelne Unternehmer als Herr allein bestimmte, unter welchen Bedingungen die angewandten Arbeitskräfte verbraucht und nach welchen Grundsätzen die Betriebe geleitet werden sollen, gehört, soweit vor dem Kriege überhaupt noch von einem allein bestimmenden Willen eines einzelnen Unternehmers im Betriebe gesprochen werden konnte, der Vergangenheit an. Die Entwicklung der Kartelle hatte schon vor dem Kriege die Entscheidung über die Art der Betriebsleitung in die Hände von Verwaltungsräten gelegt. Die Verwaltungsräte wurden gebildet lediglich aus Vertretern der Kapitalisten.

In unserer Zeit, in welcher nach einer Periode wahnfinniger Vernichtung materieller und geistiger Güter eine neue Organisation der Produktion und überhaupt der Wirtschaft im allgemeinen je länger je mehr sich als eiserne Notwendigkeit erweist, ist auf die Dauer ein produktiv arbeitender Betrieb nur möglich, wenn der Arbeiter durch besondere Organe gleichberechtigt und mitbestimmend teilnimmt an der Kontrolle und Leitung eines Betriebes. Der Entwurf der Regierung bringt diese Gleichberechtigung nicht. Der Betriebsrat der Arbeiter und Angestellten, wie der Regierungsentwurf ihn vorsieht, läßt im wesentlichen die Herrschaftstellung des Unternehmers unangetastet und verlagert der Arbeitervertretung die grundsätzliche Gleichberechtigung mit der Betriebsleitung. Wie im einzelnen die Gleichberechtigung durchzuführen ist, zeigt der von der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände der Nationalversammlung vorgelegte Entwurf. Wir verzichten darauf, das noch besonders darzulegen.

Der unterzeichnete Vorstand ist sich jedoch bewußt, daß die reinliche Demokratisierung der Fabrik durch Schaffung von Betriebsräten, welche gleichberechtigt der Betriebsleitung beigeordnet sind, hohe Ansprüche an den sachlichen Intellekt der Arbeiter und Angestellten stellen wird. Der alte Staat hat den gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Personen im allgemeinen das dazu erforderliche Wissen verweigert. Die höheren Lehranstalten waren diesen Personen verschlossen. In mühsamer Arbeit, unterstützt und gefördert von den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats, hat ein Teil der Arbeiter sich ein Teil der benötigten Kenntnisse angeeignet. Es gibt aber zweifellos noch viel nachzuholen, und wenn der unterzeichnete Vorstand auch entschieden die Auffassung ablehnt, daß die mangelnde Bildung der Arbeiter die Gewähr für die Funktionen der Betriebsräte sofort mit dem Erlaß des Betriebsrätegesetzes herangegangen werden muß. Herausbildung wirklicher Demokratie in der Fabrik, Verankerung der Betriebsdemokratie in den Betriebsräten, praktische Ausübung der den Betriebsräten durch Gesetz übertragenen Funktionen durch Arbeiter und Angestellte und systema-

tisch betriebene von der Staatsgewalt und den Arbeiterorganisationen geleitete Ausbildungsarbeit zugunsten der proletarischen Vertrauensleute ist das Gebot der Stunde.

Die Errichtung von Betriebsräten und ihre Gleichstellung mit den Betriebsleitungen abhängig machen von der Erlangung eines Bildungsgrades, wie er als Resultat einer planmäßig durchgeführten Bildungsarbeit in Verbindung mit praktisch ausgeübter Tätigkeit eines Betriebsrates ermöglicht wird, hieße die Demokratisierung der Betriebe auf unabsehbare Zeit verschieben. Die kapitalistisch interessierten Kreise werden immer und zu allen Zeiten kein Mittel unversucht lassen, um dem Betriebsrat die Erreichung jenes Bildungsgrades unmöglich zu machen. Es ist doch zu beachten, daß der vollkommene auf der Höhe stehende Betriebsrat auf den verschiedensten Gebieten bewandert sein soll. In der Textilindustrie müßte er z. B. sowohl die rein kaufmännischen Fächer (kaufmännisches Rechnen, kaufmännische Buchführung, Handelslehre, Handelsrecht, Gewerbesteuer) wie die Fächer der Volkswirtschaft (Wert- und Preislehre, Stellung der Textilindustrie in der Volkswirtschaft, Staats- und Bürgerkunde), die naturwissenschaftlichen Fächer (Grundsätze der Physik und Mechanik, Grundsätze der Chemie, Entwicklungs-geschichte der Menschheit), die rein technischen Fächer (allgemeine Maschinenlehre, Grundsätze der Textiltechnik und spezielle Maschinenlehre), die Rohmaterialienkunde, die Verarbeitung der Rohstoffe, die Veredelung, die Grundsätze einer wissenschaftlichen Betriebsführung bis zu einem gewissen Grade beherrschen. Das ist heute selbstverständlich nicht möglich, so wenig es den bürgerlichen Erwerbsberufen möglich war, als sie seinerzeit als mitbestimmende Faktoren dem staatlichen und wirtschaftlichen Leben eingereicht wurden. Wohl aber hat der Staat, in welchem, wie allseitig versichert wird, die Arbeiterklasse zum bestimmenden Faktor aufgerückt ist, die Verpflichtung, diese Ausbildungsarbeit zugunsten der Betriebsräte mit seinen relativ großen Mitteln energisch zu betreiben.

Wir ersuchen deshalb die Nationalversammlung, dahin wirken zu wollen, daß gleichzeitig mit dem Erlaß des Betriebsrätegesetzes durch zwingende gesetzliche Bestimmungen alle vorhandenen für die Ausbildung der Betriebsräte in Betracht kommenden Hochschulen, wie technische Hochschulen, Handelshochschulen, höhere Fachschulen und sonstige höhere Lehranstalten diesem Zweck nutzbar gemacht und in besonderen hierzu geschaffenen Abteilungen von einem dazu ausgewählten qualifizierten Lehrkörper die Wissensgebiete den Betriebsräten erschlossen werden.

Es ist wohl nicht nötig zu betonen, daß diese Ausbildung der Betriebsräte nicht in Abendkursen oder sonstigen nur einige Stunden pro Woche in Anspruch nehmenden Kursen durchgeführt werden kann. Die Kosten des Studiums, des Unterhalts des Studierenden und des Unterhalts der in Frage kommenden einzelnen Familien während der Studienzeit sind auf die Reichskasse zu übernehmen.

Ganz besonders betonen möchten wir noch, daß eine Scheidung der Betriebsräte in Betriebsräte der Arbeiter und solche der Angestellten unter allen Umständen zu verwerfen ist. Die Zusammenführung der Arbeiter und der Angestellten in den Betriebsräten zu gemeinsamer Arbeit wird die Betriebsräte zweifellos schon heute, mehr als das bei der Trennung der Fall wäre, qualifizieren, die großen Aufgaben der Betriebsräte sachgemäß im Interesse der Arbeiterklasse, der Angestellten und der gesamten Volkswirtschaft zu erfüllen.

Indem der unterzeichnete Vorstand an die Nationalversammlung die Bitte richtet, im Sinne dieser Eingabe das Betriebsrätegesetz zu gestalten, zeichnet

Der Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes
(gez.) Hermann Jäckel, Vorsitzender.

Organisation der Forschungstätigkeit für die Textilindustrie.

Nachstehender Schriftsatz ist unter dem 16. Oktober d. J. an die beiden sozialdemokratischen Fraktionen der Nationalversammlung in Berlin gerichtet worden:

Den Mitgliedern der Nationalversammlung ist eine Denkschrift der Regierung, betreffend die „Organisation der Forschungstätigkeit für die Textilindustrie“, überreicht worden. Die Regierung begründet darin die Forderung von fünf Millionen Mark zugunsten der bestehenden Forschungsinstitute für Textilindustrie und der Errichtung eines neuen biochemischen Instituts.

Der unterzeichnete Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes erlaubt sich, dazu den beiden sozialdemokratischen Fraktionen gegenüber folgendes zu bemerken:

Die Errichtung eines besonderen biochemischen Forschungsinstituts für die Textilindustrie wird von fast allen auf textilwissenschaftlichem Gebiet tätigen Fachleuten für durchaus zweckmäßig betrachtet. Die bestehenden Forschungsinstitute für Textilindustrie in Cresfeld, Dresden, Karlsruhe, M.-Gladbach, Reutlingen und Sorau haben schon bisher in bezug auf biochemische Untersuchungen und Forschungen hervorragendes geleistet. In der Denkschrift der Regierung wird das unter B auch zugegeben. Es werden aber außerdem unter hervorragender fachwissenschaftlicher Leitung im Botanischen Garten in Dahlem Züchtungs- und Kulturmethoden bereits bekannter faserbildender Pflanzen betrieben.

Es ist auch nach Meinung des unterzeichneten Vorstandes außerordentlich fraglich, ob der beabsichtigte Zweck mit der Errichtung eines biochemischen Instituts tatsächlich erreicht wird und ob nicht vielmehr durch die Konzentration der gesamten biochemischen Forschungen und Untersuchungen in ein zu errichtendes zentrales Institut und die damit in Verbindung stehende Ausschaltung eines gewissen Wettbewerbers als treibender Kraft für die Zukunft eine Minderleistung zu erwarten ist. Zum mindesten ist eine Steigerung der Leistung höchst unwahrscheinlich. Die Unterzeichneten erblicken in der Verwendung der ausgeworfenen Mittel durch alle vorhandenen Forschungsinstitute und der dadurch geschaffenen Möglichkeit, mit größeren Mitteln auf biochemischem Gebiete zu arbeiten, eine bessere Gewähr wissenschaftlicher Förderung, als in der mit immerhin erheblichen Kosten verbundenen Errichtung eines besonderen biochemischen Instituts. Da in dem künftigen Organisationsplan des in Aussicht genommenen „Kuratoriums“ zur wissenschaftlichen Förderung der deutschen Textilindustrie“ auch Arbeitsausschüsse, wissenschaftliche Beiräte und Sachkommissionen vorgesehen sind, so wäre die Errichtung einer aus wissenschaftlich vorgebildeten Fachleuten

und event. sonstigen Sachverständigen zusammengesetzten biochemischen Sachkommission das geeignete Organ, die biochemische Forschung an den vorhandenen Forschungsinstituten nach vorwärts zu treiben.

Wir bitten die beiden sozialdemokratischen Fraktionen, diese Ausführungen bei ihren Entscheidungen mit in Erwägung zu ziehen, besonders in Berücksichtigung der Tatsache, daß in einer künftigen, mehr sozialdemokratisch beherrschten und organisierten Wirtschaft die Förderung der hochbedeutenden Textilindustrie und der ihr dienenden biochemischen und biotechnologischen Forschung eine große Rolle spielen wird. Nebenbei sei noch bemerkt, daß der Plan der Errichtung eines besonderen biochemischen Instituts von militärischen Stellen des alten Regimes ausgegangen ist, und daß in Fachkreisen allgemein behauptet wird, die Unterbringung eines Brager Gelehrten, des Professors Herzog, sei eine der stärksten Triebfedern des Gedankens. Tatsächlich ist, wie seinerzeit dem Unterzeichneten erklärt worden ist, der der Textilforschung bisher durchaus fernstehende Professor Herzog — gegenwärtig tätig in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in Berlin — als Leiter des geplanten Instituts in Aussicht genommen. Inwiefern die eben angeführten Behauptungen der Wissenschaftler zutreffend sind, können wir Arbeiter nicht beurteilen.

Des weiteren bitten wir, dagegen Stellung zu nehmen, daß die Geschäftsstelle getrennt wird vom Kuratorium. Wenn das Kuratorium nach Dresden und die eigentlich verwaltende Geschäftsstelle nach Berlin kommt, dann wird sicher das eintreten, was bei sehr vielen Kriegsorganisationen sich herausgebildet hat: es wird das Kuratorium lediglich Dekoration sein; die eigentlich beschließende und ausübende Gewalt liegt in anderen Händen. Geschäftsstelle und Kuratorium gehören an einen Ort. Eine Trennung in zwei Bureaus mit allen sachlichen Aufwendungen führt nicht nur zur Zersplitterung und zur Steigerung der Kosten, sondern auch zur Minderung der Bedeutung des Kuratoriums. Die Bedeutung des Kuratoriums aber unter allen Umständen zu erhalten, ist unbedingt notwendig im Interesse der gesamten Volkswirtschaft. Jede Minderung der Bedeutung gefährdet die freie Forschung und erleichtert Geltendmachung von Einflüssen, welche im Kapitalinteresse gewisse dem jeweiligen Unternehmerinteresse nicht günstige Forschungsergebnisse, zeitweilig oder dauernd, von der praktischen Verwendung auszuschließen geeignet sind. Aus diesem Grunde empfiehlt sich auch die Verlegung des Kuratoriums und der Geschäftsstelle nach einem Ort, welcher nicht Sitz eines Forschungsinstituts ist, und wir haben, wie bereits in einer Petition vorgeschlagen, nicht Dresden, sondern Leipzig als Sitz empfohlen.

Vielleicht sind die beiden Fraktionen so freundlich und arbeiten im Sinne des von uns Dargelegten.

Der Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes.
(gez.) Hermann Jäckel,
Vorsitzender.

Ein deutsches Tarifarchiv.

Seit dem Abkommen vom 15. November 1918, in welchem die Zentralverbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer vereinbart hatten, daß die Arbeitsbedingungen für alle Arbeiter und Arbeiterinnen entsprechend den Verhältnissen des betreffenden Gewerbes durch Kollektivvereinbarungen mit den Berufsvereinigungen der Arbeitnehmer festzusetzen und die Verhandlungen hierüber ohne Verzug aufzunehmen und schließlich zum Abschluß zu bringen seien, hat ein ungeheurer Aufschwung des Tarifvertragswesens eingeleitet, zumal nachdem durch Verordnung des Rates der Volksbeauftragten vom 23. Dezember 1918 einige der dringlichsten Fragen des Tarifvertragsrechts vorläufig geregelt worden waren. Sind es bislang im wesentlichen nur die handwerksmäßigen Betriebe gewesen, in denen der Tarifvertrag zu Hause war, so überbieten sich jetzt Handwerk und Großindustrie, Handel und Landwirtschaft, Arbeiter und Angestellte im Abschluß von Tarifverträgen. Immer weitere Kreise werden von Tarifverträgen erfaßt, immer zahlreicher werden die Gegenstände, über die in diesen Vereinbarungen Bestimmungen getroffen werden. Bei dem von Tag zu Tag wachsenden Umfange des Tarifvertragswesens ist es begreiflich, daß die Verträge untereinander oft größere Verschiedenheiten zeigen, als durch berufliche oder örtliche Besonderheiten gerechtfertigt erscheint. Im Interesse einer gesunden sozialen Entwicklung aber liegt es, wenn sich zwischen den Abmachungen der verschiedenen Verträge soweit möglich ein Ausgleich vollzieht. Das gilt nicht nur für die Lohnsätze, sondern nicht weniger auch für den übrigen Inhalt der Tarifverträge, indem gute und erprobte Bestimmungen möglichst Allgemeingut aller Verträge, überholte und nicht bewährte Vereinbarungen aber nach Möglichkeit vermieden werden. Das ist nur möglich, wenn eine zentrale Stelle besteht, die möglichst sämtliche in Deutschland abgeschlossenen Tarifverträge sammelt und übersichtlich ordnet und den Beteiligten jederzeit die Einsichtnahme und Bewertung ihres Materials gestattet. Zwar befaßt sich schon eine Reihe von Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in größerem oder geringerem Umfange mit der Sammlung von Tarifverträgen; so begrüßenswert eine solche Sammeltätigkeit auch ist, sie kann doch bestenfalls nur den Erfolg haben, daß die im Organisationsbereiche der betreffenden Verbände abgeschlossenen Tarifverträge erfaßt werden, eine zentrale Sammlung wird dadurch nicht übersflüssig gemacht. Auch kann private, von Interessentengruppen ausgehende Sammeltätigkeit niemals ein amtliches Archiv ersetzen. Nur eine solche unparteiische Einrichtung wird auch das Maß von Vertrauen in allen sozialen Schichten genießen, das für ein gedeihliches Wirken der Sammlung notwendig ist, vor allem, wenn es sich darum handelt, zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und zur Herbeiführung von Tarifverträgen zuverlässige Unterlagen zu liefern.

Aus diesen Erwägungen heraus ist zu Beginn dieses Jahres bei dem Statistischen Reichsamte, Abteilung für Arbeiterstatistik, dem die jährliche Tarifstatistik obliegt und dem aus diesem Grunde schon bisher alljährlich die im Laufe des vorhergehenden Jahres abgeschlossenen Tarifverträge zugehen, ein Tarifarchiv entstanden, das sämtliche im Gebiete des Deutschen Reiches zustande gekommenen Tarifverträge möglichst bald nach ihrem Abschluß zu erfassen und zu ordnen antreibt. Dieses Archiv ist nicht zu verwechseln mit der Sammlung von Allgemeinverbindlichen Tarifverträgen, die sich beim Reichsarbeitsministerium als Zubehör des Tarifre-

gisters befindet und nur einen kleinen Kreis der Tarifverträge enthält. Das beim Statistischen Reichsamt, Abteilung für Arbeiterstatistik, eingerichtete Archiv umfaßt hingegen nicht nur die allgemein verbindlichen, sondern auch die große Masse der übrigen Tarifverträge und enthält zurzeit bereits über 2500 in diesem Jahre abgeschlossene Verträge. Anspruch auf Vollständigkeit aber kann es nur machen, wenn es sich auf die Mitwirkung aller am Abschluß von Tarifverträgen beteiligten Personen und Verbände stützen kann und diese ihm in Briefen oder Abdrücke der von ihnen abgeschlossenen Verträge möglichst bald übersenden. Die Erfahrung hat gelehrt, daß durch Brestemittelungen, die zudem den Tarifverträgen oftmals vorausgehen, nur ein kleiner Teil der zustande gekommenen Tarifverträge bekannt wird.

Es wird nicht verkannt, daß die Einfindung der Verträge für die ohnedies stark in Anspruch genommenen Verbandsvorstände eine Belastung darstellt; es steht aber zu hoffen, daß, wenn sich erst die Auffassung von der Bedeutung eines solchen Archivs bis in die kleinsten Ortsstellen hinein verbreitet hat, sich die jetzt oft nötigen zeitraubenden Rückfragen und Anforderungen der Zentralvorstände an die Unterverbände erheblich mindern werden. Andererseits dürfte die Benutzung eines solchen der Allgemeinheit geöffneten Archivs, das besondere Verbandsarchive, wenn auch nicht überflüssig macht, so doch wirksam ergänzt, die Arbeit der Verbände auf dem Gebiete des Tarifvertragswesens wesentlich erleichtern und dadurch die mit der regelmäßigen Belieferung des Tarifarchivs verbundene Mehrarbeit reichlich aufwiegen. Nur dann, wenn alle mit dem Abschluß von Tarifverträgen befaßten Organe sich des hohen Wertes eines deutschen Tarifarchivs bewußt sind und diesem ihre Unterstützung leisten, kann es von wesentlichem Nutzen für die Weiterbildung des Tarifvertragswesens und die Befestigung des sozialen Friedens sein.

Uebertritt des Verbandes der Färber und Chemischwäcker in den Deutschen Textilarbeiterverband.

Der Verband der Färber und Chemischwäcker ist mit dem 1. Oktober d. J. zu unserem Verbande übergetreten. Wie noch im Besitz der Unterverbände (Filialen) des Verbandes der Färber und Chemischwäcker befindlichen, der Zentrale gehörenden Gelder sind an den Zentralvorstand unseres Verbandes abzuliefern. Alle Verbandsunterlagen, Inventarien, wie überhaupt alles dem Verband der Färber und Chemischwäcker gehörende Verbandsvermögen des Hauptverbandes wie der Unterverbände (Filialen) sind dem Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes resp. dessen Ortsverwaltungen zu übergeben.

Die im Deutschen Textilarbeiterverband organisierten, in Kleiderfärbereien und chemischen Waschanstalten sowie in Weißwäschereien beschäftigten Arbeitnehmer bilden unter dem Namen „Sektion der Kleiderfärber und Chemischwäcker“ im Rahmen des Verbandes an der Zentrale wie in den Ortsgruppen eine besondere Sektion.

Wie in der Zentrale, so werden auch in den Ortsgruppen für die Sektionen der Färber und Chemischwäcker besondere Vertrauensleute bestimmt.

Den vom Verband der Färber und Chemischwäcker zum Deutschen Textilarbeiterverband über tretenden Kollegen wird die Zahl der beim Verband der Färber und Chemischwäcker, sowie bei anderen anerkannten Verbänden geleisteten Beiträge bei Berechnung der Unterstützungen angerechnet.

Die Gauleiter und Ortsverwaltungen seien ersucht, überall wo Kleiderfärber, Maß- und Chemischwäcker in Kleiderfärbereien, Maß- und Chemischwäschereien beschäftigt werden, diese auf die vollzogene Verschmelzung hinzuweisen und zum Beitritt zum Deutschen Textilarbeiterverband aufzufordern. Der Deutsche Textilarbeiterverband ist also künftig vollständig nicht nur für die Kleiderfärber und Chemischwäcker, sondern auch für die Personen, welche in Wäschereien für weiße Wäsche usw. beschäftigt werden.

In allen Orten und Filialbezirken, in denen Filialen oder Unterverbände des Verbandes der Färber und Chemischwäcker bestehen, sind unverzüglich gemeinsame Sitzungen der Ortsverwaltungen beider Verbände einzuberufen und ist die Uebernahme der lokalen Bestände an Wertgegenständen und Inventarien zu vollziehen. An Stelle der Beitragsmarken des Verbandes der Färber und Chemischwäcker sind die Beitragsmarken unseres Verbandes an die Mitglieder abzugeben. Die in den Büchern nachgewiesenen Mitglieder des Verbandes der Chemischwäcker und Färber sind von unseren Funktionären künftig zu bedienen resp. mit Beitragsmarken zu versorgen. Wo Filialen des Verbandes der Färber und Chemischwäcker bisher bestanden oder wo Betriebe dieser Branche am Orte vorhanden sind, sollen Sektionen der Färber, der Maß- und Chemischwäcker für unseren Verband errichtet werden. Zum Leiter dieser Sektionen ist in jedem Filialbezirk ein Vertrauensmann der Branche zu wählen. Dieser Sektionsleiter des einzelnen Filialbezirks soll im Einverständnis mit der Ortsverwaltung und, soweit nötig, auch auf dem Wege über die Ortsverwaltung in ständiger Fühlung mit dem Sektionsleiter der Färber, der Chemischwäcker und der Maßwäcker im Zentralvorstand stehen. Als Vertrauensmann resp. Sektionsleiter im Zentralvorstand tritt am 1. November der Kollege Karl Schönleben, bisher in Ulm a. D., in Funktion. Wir heißen die neue Sektion in unserem Verband herzlich willkommen.

Zum Kohlenmangel in den Flachs-röstereien.

Wie wir schon in Nr. 41 unter „Aus der Textilindustrie“ kurz berichteten, hat unser Kollege Fritsch, Bezirksleiter unseres Verbandes für Schlesien, in der Preussischen Landesversammlung, deren Mitglied er ist, die Regierung befragt, was sie zu tun gedenke, um die Gefahr abzumenden, daß infolge Kohlenmangels die Flachs-röstereien die vorhandenen Flachs-vorräte nicht zu rösten vermöchten, wodurch der Flachs-spinnerei der Rohstoff in großem Maße entzogen würde. Der Leineweber würde es dann an Garn fehlen, so daß die ganze Leinenindustrie unter dem Kohlenmangel zu leiden haben würde. Wie recht Kollege Fritsch mit seiner Anfrage hatte, geht daraus hervor, daß die Regierung sich bereit er-

klärte, sie sofort zu beantworten. Und ihr Vertreter beantwortete die Anfrage im Sinne des Fragestellers, was nicht weniger wichtig war. Die Wichtigkeit der Anfrage selbst kann sich der Leser aber weder aus der Mitteilung, daß sie erfolgt sei, noch aus der, daß sie im Sinne der Anfrage beantwortet worden sei, klar machen. Deshalb glauben wir im Sinne der Leser zu handeln, wenn wir die Rede Fritsches im Wortlaut wiedergeben, besonders, da sie neben der wirtschaftlichen Belehrung auch manchem willkommenen technische Belehrung bieten dürfte. Fritsch sagte:

Meine Damen und Herren, in der Drucksache 557 wird nach einer kurzen Begründung die Regierung gefragt: Was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um dem Verderb volkswirtschaftlich wertvoller Rohstoffe vorzubeugen und die der Leinenindustrie drohende Katastrophe zu verhindern? Vielleicht ist diese Anfrage nicht ganz glücklich gefaßt, die sehr wesentlichen Punkte, die mit der ganzen Frage im engsten Zusammenhange stehen, nicht berührt. Aber gerade deshalb halte ich es für notwendig, einige begründende Erläuterungen hinzuzufügen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, sagen zu dürfen, daß es kaum einen Industriezweig in Deutschland geben dürfte, der durch den Krieg so furchtbar getroffen wurde, der so furchtbare Schläge zu erleiden hatte, wie die Textilindustrie und ihre Arbeiterschaft. (Sehr richtig! bei der Sozialdemokratischen Partei.) Die Textilindustrie ist bekanntlich eine Industrie, die völlig auf den Import von Rohstoffen angewiesen ist. Bekanntlich erzeugen wir in Deutschland weder Baumwolle, noch Kute, noch Seide, sondern nur ganz kleine Bestände von Wolle und Leinwand. Alle diese Rohstoffe müssen aus dem Auslande eingeführt werden. Wir haben beispielsweise im Jahre 1914 eingeführt an Flachsfasern aus Oesterreich 4862 Tonnen, aus Rußland 70 997 Tonnen, zusammen 78 867 Tonnen Flachsfasern. Dazu haben wir noch eingeführt Kautschuk und zwar aus Italien 14 989 Tonnen, aus Oesterreich 2361 Tonnen und aus Rußland 12 871 Tonnen. Die Zuteilung kommt ausschließlich aus Britisch-Indien und wir haben davon 157 000 Tonnen eingeführt; die Eimer kann ich weglassen.

Die größte Faserverarbeitung in der Textilindustrie besteht bekanntlich aus Baumwolle. Wir haben eingeführt in all den Jahren vor dem Kriege aus Britisch-Indien 78 000 Tonnen, aus Ägypten 40 000 Tonnen und aus den Vereinigten Staaten von Amerika 422 000 Tonnen. An diesen Zahlen kann man ersehen, welche ungeheuren Werte hier eingeführt worden sind.

Ich sagte schon: unsere Industrie ist auf den Import angewiesen. Zunächst lebte unsere Industrie bei Beginn des Krieges von den Vorräten, die im Lande waren. Wir hofften, daß der Krieg ein baldiges Ende erreichen würde und wieder das alte Importverhältnis aufgenommen werden könnte. Leider haben wir uns darin getäuscht. Es mußte daher nach einem Ersatz gesucht werden. Dieser Ersatz wurde zum Teil gefunden in Jutearten, in Brennesseln, in Ginstern und ähnlichen Stoffen, und zuletzt in Papier. Das Papiergewebe hat aber trotz aller Anstrengungen sich nicht die Gunst des Volkes, vor allem der Hausfrauen nicht, erwerben können. Denn es traf hier das Wort zu nicht billig und schlecht, sondern teuer und schlecht. (Sehr richtig!) Reitet doch ein Schloßerzeug aus Papier mit Facke und Sohle 45 bis 50 Mk. Die Haltbarkeit genügt durchaus nicht, und in der Wäsche versagte das Papiergewebe vollständig. Die Arbeiter dieser Industrie haben nun furchtbar leiden müssen, ehe die Umstellung der Faserindustrie auf die Papierindustrie sich einbürgerte. Da hat so mancher Weber an das alte Weberlied gedacht:

Sie wird der Mensch langsam gequält,
Hier ist die Foltterammer,
Hier werden Seufzer viel gezählt
Als Zeichen von dem Jammer.

Man mußte daher ein besseres Seispinn schaffen. Das war die Leinenfaser, die wir im Lande selbst erzeugen. Die deutsche Leinenindustrie steht nun leider vor einer schweren Gefahr. Die Versorgung des Volkes mit Kleidung und Wäschestücken war auf die Zufuhr von ausländischen Rohstoffen angewiesen. Zu Großmutterzeiten war das Leinen das gebräuchlichste Gewebe im ganzen Volke. Erst mit dem Hervortreten des billigeren und weicheren Baumwollgewebes wurde das Leinen immer mehr zurückgedrängt, der Anbau des Flachseins ging gewaltig zurück. Während wir noch 1878 in Deutschland 133 130 Hektar an Leinenanbauflächen hatten, war diese vor Beginn des Krieges auf rund 11 000 Hektar herabgesunken. Das wurde mit einem Schlag anders, als der Krieg ausbrach und Deutschland von jeder Zufuhr abgeschnitten wurde. Zunächst waren noch große Vorräte im Lande, so daß, wenn der Krieg nur ein Jahr gedauert hätte, wir vielleicht durchgekommen wären. Aber das Hoffen auf das Kriegsende von Jahr zu Jahr drängte dazu, andere Maßnahmen zu ergreifen. Man schritt zur Rationierung der Bestände. Die Beschaffung von Wolle und Baumwolle und die Beschäftigung der Hunderttausende von Arbeitern war unmöglich. Dagegen unternahm es die Deutsche Flachsbaugesellschaft (eine Kriegsgründung), den Flachs-anbau zu fördern. Es ist durch lebhafteste Werbetätigkeit gelungen, die Flachs-anbauflächen von 11 000 Hektar vor dem Kriege auf rund 70 000 Hektar heraufzubringen. (Hört, hört!) Der Ernteertrag, den wir dadurch erreichen, beträgt im laufenden Jahre 2 100 000 Doppelzentner, eine außerordentlich gewaltige Menge, wenn Sie bedenken, daß die Einfuhr an Leinen, an Flachsfasern nur 78 000 Tonnen im letzten Friedensjahre betrug. Da wir jetzt den Achtstundentagsarbeit haben und unsere Industrie erheblich eingeschränkt arbeitet, würden wir unsere Arbeiterschaft, die in Deutschland 100- bis 120 000 beträgt, leidlich voll beschäftigen können. Nun liegen aber die Dinge in der Textilindustrie so, daß fast kein Industriezweig seine Arbeiterschaft voll beschäftigen kann, weil es eben an den nötigen Rohstoffen fehlt. Es müssen Feierschichten eingeführt werden, wie das seit 1915 in unserer Industrie überhaupt an der Tagesordnung ist. Seit 1915 haben wir eine ganz gewaltige Beschränkung und Einschränkung der Arbeitszeit in unserer gesamten Industrie, so daß von seiten des Staates Mittel bereitgestellt werden mußten, um der Arbeiterschaft über die schwere Zeit hinwegzuhelfen. Der Staat mußte eingreifen, um den hilfsbedürftigen Textilarbeitern, deren Lage schon in der Friedenszeit außerordentlich bescheiden war, zu helfen. Es wurden Unterstützungen gewährt, die allerdings recht minimal bemessen waren. Ich

will daran erinnern, daß beispielsweise in Schlesien die Unterstützung der Textilarbeiterschaft 7,20 Mk. für Jugendliche unter 18 Jahren, 9 Mk. für verheiratete Frauen und 12 Mk. für verheiratete Männer betrug, aber nicht etwa pro Tag, nein, pro Woche! (Hört, hört! bei der Sozialdemokratischen Partei.) Diese geringfügigen Unterstützungsätze beweisen die außerordentliche Bescheidenheit unserer Arbeiterschaft, sie zeigen aber auch, daß meiner Ansicht nach die Textilarbeiterschaft wohl beanspruchen darf, daß ihr von seiten des Staates in einer so schweren Zeit geholfen wird.

Valuta.

In dem unter obiger Spitzmarke in voriger Nummer erschienenen Artikel ist in Zeile 22 eine Wendung enthalten, die leicht mißverstanden werden kann. Es heißt da: „... Heute gibt man uns für eine Mark etwa 30 Centimes und für einen Frank etwa 25 Pf.“ Unter Frank war hier nicht ein Frank in Frankenswährung gedacht, sondern 80 Pf. in deutscher Währung, die früher bekanntlich einem Frank gleichachtet wurden; für den Frank in Frankenswährung gibt man uns viel mehr. Wenn man uns für eine Mark 30 Centimes gibt, muß man uns auch für 30 Centimes eine Mark geben. Sind jetzt aber 30 Centimes schon einer Mark gleich, so machen 100 Centimes (1 Frank) 3 1/3 mal 1 Mark, also 3,33 Mark. Seit Abfassung des Artikels in voriger Nummer ist aber unsere Valuta schon wieder weiter gesunken, so daß wir für die Mark noch weniger Centimes, für den Frank aber entsprechend mehr Pfennige bekommen, bzw. für ihn mehr Pfennige zahlen müssen.

„Sofortige Sozialisierung der Textil-industrie.“

In dem Blatt der Textilkapitalisten „Der Konfektionär“ hat, wie unsern Lesern bekannt, unser früherer Redakteur Krähig die Behauptung aufgestellt, die Generalversammlung in Plauen habe die sofortige Sozialisierung der Textilindustrie gefordert. Unsere Leser wissen, daß das un w a h r ist. Es war niemand in der Generalversammlung anwesend, der solchen Unsinn zugestimmt hätte.

Der christliche Textilarbeiterverband läßt sich selbstverständlich den fetten Krähigischen Bissen nicht entgehen. Er druckt den ersten der Krähigischen Schimpfsartikel fast vollständig nach. Wir konstatieren demgegenüber nochmals, daß die Behauptungen Krähigs, wie gewöhnlich, in den Tatsachen keine Stütze finden. Damit entfallen die Schlußfolgerungen der christlichen „Textilarbeiter-Zeitung“.

Im übrigen: Will der christliche Textilarbeiterverband für alles die Verantwortung übernehmen, was Herr Schiffer tut?

Carifvertrag betreffend.

Der Zentralauschuß Südbäuer Industrieller und kaufmännischer Vereinigungen in Zittau (Sachsen) hat beantragt, den zwischen ihm, der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, dem Gewerkschaftsbunde kaufmännischer Angestelltenverbände, dem Deutschen Textilarbeiterverband, dem Gewerksverein deutscher Textilarbeiter (Hirsch-Dunder) und dem Zentralverband christlicher Textilarbeiter am 12. Juli 1919 abgeschlossenen Tarifvertrag zur Regelung der Arbeitsbedingungen der kaufmännischen und technischen Angestellten gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (Reichsgesetzblatt S. 1436) für das Gebiet der Amtshauptmannschaften Zittau und Böbau in Sachsen für allgemein verbindlich zu erklären. Einwendungen gegen diesen Antrag können bis zum 25. Oktober 1919 erhoben werden und sind unter Nummer I. B. R. 2882 an das Reichsarbeitsministerium, Berlin, Luisenstraße 33, zu richten.

Lohnbewegung der Textilarbeiter in Augsburg.

Man schreibt uns von dort: In einer überfüllten Versammlung der Betriebsräte und Funktionäre des Deutschen Textilarbeiterverbandes, die im Café Maximilian am Donnerstag, den 16. Oktober, stattfand, wurde der Bericht über die Verhandlungen zwecks Abschlußes eines neuen Lohn tarifs entgegengenommen. Er bewies wieder einmal so recht die Rückständigkeit der süddeutschen Textilmittelnehmer. Trotzdem die Forderungen der Arbeiter sehr mäßig gehalten waren und die Arbeitnehmervertreter bereit gewesen wären, den Unternehmern einigemmaßen entgegenzukommen, mußten die Verhandlungen abgebrochen werden. Eine tiefgehende Erregung bemächtigte sich der Versammelten, als die beiden Hauptredner des Abends, D e f f n e r und F e i n h a l s, ihre Berichte gegeben hatten. Ja, die Stimmung war so, daß die meisten Diskussionsredner ihre Befriedigung ausprägten, daß nun wieder die alten Forderungen in Kraft getreten sind. Nicht ein Jota soll davon abgesehen werden. In Anbetracht der maßlosen Teuerung sind diese Forderungen noch zu niedrig! So und ähnlich kamen die Meinungen elementar zum Ausdruck. Daß diese Ansichten von allen Versammelten geteilt wurden, bewies die einstimmige Annahme folgender Entschliebung:

„Die am 16. Oktober 1919 im Café Maximilian tagende vollzählig besuchte Versammlung der Betriebsräte, Vertrauensleute und Funktionäre des Deutschen Textilarbeiterverbandes nimmt mit Entrüstung davon Kenntnis, daß die Textilmittelnehmer wohl Gewicht auf Mehrleistung legen, aber andererseits der Arbeiterschaft in ihren gerechten Forderungen kein Entgegenkommen zeigen. Die Versammelten verpflichten sich, mit allen Kräften dafür einzutreten, daß die gerechten Forderungen restlos durchgeführt werden. Die Versammelten verpflichten sich weiter, entsprechend dem Verhalten der Arbeitgeber, in ihren Betrieben dafür zu sorgen, daß bis zum Tarifabschluß nur ein Einstuß von einem Weber bzw. Weberin bedient wird. Die Gauleitung wird ersucht, sofort auch die auswärtigen Betriebsräte für die Webereien anzuweisen, das Zweistufsystem abzulehnen und da, wo es schon eingeführt ist, sofort abzuschaffen. Desgleichen wird die Gauleitung beauftragt, den Nähfadensfabriken die allgemeinen Forderungen mit einem zehnprozentigen Zuschlag einzureichen. Die Nähfadensfabriken sind infolge ihrer höheren Gewinne leicht in der Lage, diesen erhöhten Forderungen

runge zuzustimmen. Da der Tarifabschluss durch die Schuld der Unternehmer hinausgezogen wird, verlangt die Textilarbeiterchaft eine einmalige Teuerungszulage, und zwar für Verheiratete (männlich und weiblich) 200 Mk., für Ledige 100 Mk. Diese einmalige Teuerungszulage soll dazu dienen, den jetzt in erhöhtem Maße an die Textilarbeiterchaft gestellten Anforderungen (Steuern, Heizmaterial, Ankauf sonstiger Vorräte) gerecht zu werden.

Die Organisation der Arbeitnehmer muß unter diesen Umständen jede Verantwortung für die Folgen ablehnen. Textilarbeiter! Textilarbeiterinnen! Wir rufen Euch! Zeigt den alten Kampfgeist! Zeigt aber auch die alte Disziplin! Folgt jedem Winke Eurer Führer, und wir werden unsere gerechten Forderungen durchsetzen!

Zum Metallarbeiterstreik in Berlin.

25 000 Mark hat unser Verbandsvorstand in einer Sitzung am 17. Oktober aus Sympathie für den Lohnstreik der Metallarbeiter Berlins bewilligt. Zur Nachachtung empfohlen!

Aus den Gewerkschaften.

Internationale der Transportarbeiter.

Die Vertreterversammlung des belgischen Transportarbeiterverbandes beschloß, am internationalen Transportarbeiterkongress teilzunehmen und auf jede Weise dahin zu wirken, daß der Sitz des internationalen Bureau nach Belgien verlegt werde; erst wenn dieses nicht zu erreichen sei, sollte versucht werden, den Sitz nach England zu bekommen.

Gewerkschaftlicher Zusammenbruch in England.

Drei der bestehenden Organisationen der Postangestellten haben sich zu einem Verbandszusammenschluß, der damit 110 000 Mitglieder umfaßt. Man hofft, die noch verbleibenden einzelnen Organisationen bald zum Eintritt veranlassen zu können.

Argentinische Gewerkschaften.

Dem Argentinischen Gewerkschaftsbund sind zurzeit 70 000 Mitglieder angeschlossen.

Aus der Textilindustrie.

Forschungsinstitute betreffend. Der Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes hat der Nationalversammlung in Berlin den Beschluß unseres Verbandstages zu Plauen mit der Bitte übermittelt, ihm Rechnung tragen zu wollen. Bekanntlich hat der Verbandstag anerkannt, daß Forschungsinstitute im Interesse der Textilindustrie und damit auch im Interesse der Textilarbeiter liegen. Nötig sei aber, daß sie nach einheitlichem Plane und in vollem gegenseitigen Verständnis arbeiten und unter Verwaltung eines Kuratoriums ständen, das seinen Sitz nicht bei einem Forschungsinstitut habe. Bei der großen Bedeutung, die die Arbeiterchaft für den Wirtschaftsprozess habe, und dem Interesse, das die Arbeiterchaft an dem Wirken der Forschungsinstitute nehme, sei es unbedingt notwendig, daß in die Kuratorien der Einzel-Forschungsinstitute und in das neuzubildende Kuratorium Vertreter der organisierten Textilarbeiter berufen würden. In Anbetracht der hervorragenden Stellung der sächsischen Textilindustrie, die sowohl in Hinsicht auf ihre Gliederung als auch auf ihren Umfang alle Voraussetzungen biete, die bei den Arbeiten der Forschungsinstitute zu berücksichtigen seien, erwarte man mit Bestimmtheit, daß das geplante Kuratorium seinen Sitz im Freistaate Sachsen, etwa in Leipzig, bekomme, und daß Mittel sowohl von der Reichsleitung als auch von den Regierungen der Einzelstaaten in völlig ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt würden.

Zur Ernährungsfrage.

Kartoffeleinfuhr.

Durch eine Bekanntmachung vom 29. September d. J. haben die Ausführungsbestimmungen zur Verordnung, betreffend die Einfuhr von Kartoffeln, vom 15. Februar 1916 eine Ergänzung erfahren. Während der Uebergang des Eigentums an den eingefuhrten Kartoffeln auf die Reichskartoffelstelle bisher an eine dem Veräußerer gegenüber abzugebende Uebernahmeerklärung gebunden war, bestimmt die neue Verordnung, daß hierzu auch eine Uebernahmeerklärung gegenüber dem Inhaber des Gewahrsams der Kartoffeln genügt. Hierdurch wird erreicht, daß die Reichskartoffelstelle, ohne wie früher nach dem oft schwer erreichbaren Veräußerer der Kartoffeln nachzuforschen oder beim Kommunalverband die Entscheidung der Kartoffeln beantragen zu müssen, durch bloße Erklärung gegenüber der Eisenbahn oder dem sonstigen derzeitigen Gewahrsamsinhaber das Eigentum und damit das freie Verfügungsrecht über die Kartoffeln erlangt. Die auf diese Weise entbehrlich gewordenen Entscheidungsvorschriften (§ 5 der Ausführungsbestimmungen) sind durch die Bekanntmachung vom 29. September gestrichen worden.

Berichte aus Fachkreisen.

Wahrcuth. Am 14. Oktober hielten wir im „Sonnenaal“ eine Mitgliederversammlung ab, die von ungefähr 700 Kolleginnen und Kollegen besucht war. Ueber die Gaukonferenz berichtete Kollege Kaiser unter Zustimmung der Versammlung. Er besprach dann unseren Lohnrentenwurf, Kollege Sendeibach in abschließender Weise den Unternehmensentwurf. — Für die neue Spinnerei und Weberei wurde je eine Betriebsversammlung beschloffen, die zu dem Betriebsrat Stellung nehmen bzw. die Akordfabe forcieren soll u. a. m. In den Ortsausföhrungen wurden 9 Delegierte gewählt. In Form einer Resolution nahm die Versammlung scharf Stellung gegen das bekannte 30 Millionenangebot an Unternehmer. In den nächsten Versammlungen sollen Vorträge über Genossenschaftswesen und Gesundheitspflege gehalten werden. Besucht alle diese Versammlungen!

Kulmbach. Am Donnerstag, den 2. Oktober, hielt die Zahlstelle ihre monatliche Mitgliedserversammlung ab. Trotz strömenden Regens war der Saal in der Parkbänke auf der Draht sehr gut besetzt. Galt es doch den Bericht von der Gaukonferenz in Augsburg entgegenzunehmen. Der Kollege Jähreis entlegte sich dieser Aufgabe und erläuterte den Kollegen und Kolleginnen in längeren Ausführungen das neue Verbandsstatut. Er verwies auf die neuen Unterstützungsätze und die am 1. Oktober in Kraft getretene Erhöhung der Verbandsbeiträge. Insbesondere empfahl er den Kollegen und Kolleginnen, sich genau den § 1 des Verbands-

statuts anzusehen und sich einzuprägen. Der § 1 enthält die Richtlinien des Verbandes, die auf der Generalversammlung in Plauen festgelegt wurden. Auch legte er den Mitgliedern ans Herz, den Unterfaherern ihr Amt nicht dadurch zu erschweren, daß sie sie für die Erhöhung der Beiträge verantwortlich machen. Eine Erhöhung der Beiträge mußte schon deswegen eintreten, weil doch auch die Leistungen des Verbandes in bezug auf Unterstützung, auf Förderung der geistigen Ausbildung ihrer Funktionäre und Mitglieder gestiegen sind. Eine weitere Ursache ist in der schlechten Valuta unseres Geldes zu suchen. Ziehe man die jetzige Geldwertverteilung in Betracht, so kommt man zu dem Resultat, daß der jetzt so hoch erscheinende Verbandsbeitrag in Wirklichkeit nicht höher sei, wie der vor dem Krieg an die Verbandsleitung gezahlte Betrag. Nicht vergessen dürfe dabei werden, daß ein Fonds von 3 Millionen Mark für die in der Zukunft einsetzenden Kämpfe mit dem Unternehmertum angelegt werden müsse. Daß uns solche Kämpfe bevorstehen, ist jedem klar und wir haben dies vor allem der Laubheit der Regierung in allen ihren Handlungen zuzuschreiben. Die Reaktion ist im Anmarsche und vor ihr müssen wir gesichert sein. Weiter besprach der Redner die Arbeitsgemeinschaften und den Betriebsrätegesetz-

entwurf. Seit knapp zwei Monaten haben sich auch hier die Proleten des Textilkapitals zusammengeschlossen, und der Tätigkeit des bisherigen Vorsitzenden Büchel ist es gelungen, die junge Organisation auf 170 Mitglieder hinaufzubringen. In öfteren Zusammenkünften wurden die Mitglieder über die äußerst rückständigen Verhältnisse am Ort belehrt. Dem Verlangen der Arbeiterchaft in der Kammgarnspinnerei Lublinitz nach gleicher Entlohnung und Gewährung von Ferien wie in anderen Spinnereien Schlesiens glaubte die Direktion nicht entgegenkommen zu müssen, da ja auch der alte kapitalischende Arbeiterausschuß zum Teufel gejagt werden sollte. Doch wurden später die vier Tage Ferien bei Fortbezahlung des Lohns bewilligt und sollte unser Vertrauensmann Büchel die Urteilsliste durchsehen dürfen. Als er jedoch die Urteilsliste einsehen wollte, wurde ihm diese vom Meister Wolf, einem früheren Genossen, verweigert. Kollege B. beschwerte sich beim Betriebsleiter Stittig, der nach langem Hin und Her eine Betriebsversammlung anberaumen ließ. In dieser stellten sich die Arbeiter auf den Standpunkt, nicht eher wieder die Arbeit aufzunehmen, bis Einsicht in die Listen gestattet wird. Als der Beschluß der Arbeiterchaft dem Betriebsleiter vorgelesen wurde, erklärte er sofort, die Maschinen abzustellen, wenn die Arbeiter nicht wieder an die Arbeit gingen. Da aber die Arbeiter auf ihre Forderung bestanden, gab er klein bei und sagte ihnen Einsicht in die Liste zu. Daraufhin nahmen die Leute die Arbeit wieder auf. Währenddem sammelte Buchhalter Duda, auch ein früherer „Genosse“, Unterschriften gegen den Vertrauensmann B., dessen Entlassung gefordert ward. Am Nachmittage desselben Tags wurden die Maschinen erneut abgestellt, wieder für eine Betriebsversammlung, die einer echten Volksversammlung in der Revolutionszeit gleich. Der frühere Genosse Duda schloß sich wieder einmal als Arbeitervertreter, nachdem er dies infolge einer kräftigen Teuerungszulage ganz vergessen hatte, und begann: „Arbeiter und Arbeiterinnen! Auch ich bin Arbeiter!“ (Gelächter!) Aber im weiteren Verlauf der Rede wurde es immer deutlicher, was die Arbeiter von ihm zu erwarten haben. Leider sind unsere Lublinitzer Arbeiter noch zu wenig geschult, um seine Taktik zu durchschauen, und so kam es, daß, als Buchhalter Duda durch Hintertreiben auf zwei verschiedene Plätze darüber abstimmen ließ, ob Büchel im Betriebe bleiben solle, wobei die Meister durch mehr oder weniger sanften Nachdruck die Mehrzahl auf den „rechten“ Platz zu stellen wußten, die Abstimmung gegen B. ausfiel. Kurz darauf übergab man dem Kollegen die schriftliche Entlassung, in der zu lesen war, daß neun Zehntel seine Entlassung gefordert hätten. Wie mögen die fabrikkapitalistischen Ausbeuter haben, als der Gründer der freien Gewerkschaft auf einen Schein des Rechts hinausgeworfen wurde. B. war nun aber nicht gewillt, so ohne weiteres den Kampfplatz zu räumen. Er verlangte die Abstimmung geheim, durch Stimmzettel, und fand dabei die Unterstützung des Kassenverwalters. Am folgenden Arbeitstag sollte das den Arbeitern in einer neuen Versammlung dargelegt werden. Durch bekannte Zwischenräger erhielt aber die Firma schon vorher davon Kenntnis und hielt es für angebracht, den Schutz der Reichswehr anzufragen, von der man allerdings hier in Lublinitz sagen muß, daß sich das Reich gegen sie wehren müßte. Nur dem besonnenen Verhalten der beiden Vorsitzenden Büchel und Guch, die beide verhaftet werden sollten und deshalb auf Waffen untersucht wurden, ist es zu verdanken, daß es nicht zum Blutvergießen kam. Neuzerte doch der ganz im „königlich preussischen“ Kasernenort schauende Feldwebel: „In fünf Minuten sind Sie von der Straße runter, sonst lasse ich schießen!“ Warum sollte denn geschossen werden, da doch jeglicher Grund zum Einschreiten fehlte? Vielleicht steht sich Reichswehrminister Koste sein Reichwehregiment Nr. 22 einmal näher an. Ein Regiment, das auf seinem Durchzug durch die Stadt (13. September) die Nacht am Rhein sang und durch schwarz-weiß-rote Fahnen provozierte, kann in seiner Gesinnung nicht zuverlässig sein. — Inzwischen war im Auftrag der Gauleitung Kollege Drieschner aus Reichenbach eingetroffen, um die Kollegen zu schützen. Nach langen Verhandlungen mit der Direktion, welche einen vollen Tag dauerten, wurde folgendes beschlossen: Nachdem Kollege Büchel erklärt, daß er — um einen Streik zu vermeiden — auf seine WiederEinstellung verzichtet, wogegen sich die Direktion verpflichtet, ihm und seiner Familie die Fahrt in seine Heimat, die Umzugskosten sowie eine Entschädigung von 200 Mk. zu zahlen, sagt die Direktion folgendes zu: 1. Anerkennung des Verbandes; 2. Neuwahl des Arbeiterausschusses; 3. Bekanntmachung der Betriebs- und Mitgliederversammlungen durch Anschlag im Betriebe; 4. baldmöglichste Verhandlungen zu einem neuen Tarifvertrage; 5. keine weiteren Maßregelungen; 6. Zurückziehung der Verbandsleistungen bei weiteren Differenzen. Große Schwierigkeiten machte bei den Verhandlungen die Forderung der Arbeiterchaft auf WiederEinstellung ihres Vorsitzenden Büchel. Es ist ein rühmliches Zeugnis seiner Besonnenheit, daß er freiwillig darauf verzichtete, um es zu seinem Streik kommen zu lassen. Die Organisation in Lublinitz zurückzubringen, dürfte vergebliches Bemühen der Unternehmer sein. Die Arbeiter werden für die Eringung tariflicher Löhne auch weiterhin zusammenstehen. Auch daß der Betrieb der Spinnerei an die alte französische Firma wieder übergehen soll, wird uns nicht abhalten, unsere Forderungen mit Nachdruck zu vertreten. In dankbarer Erinnerung an ihren ersten Vorsitzenden und Kämpfer für die Arbeiterinteressen werden die Spinnereiarbeiter und -arbeiterinnen auch in Zukunft die Organisation hochhalten.

Schwaig (bei Erbing). Am Samstag, den 27. September, fand in der „Kantine“ unsere gut besuchte Monatsversammlung statt. Kollege Christian Müller berichtete ausführlich über die am 20. und 21. September in Augsburg abgehaltene Gaukonferenz. Seinen Ausführungen entnahmen wir mit Freuden den Mitgliederzuwachs im laufenden Jahre und die großen Errungenschaften des Verbandes in Tarifverträgen. Die Wahl des Kollegen Diefner zum Gauleiter begrüßen wir. Das Zusammenarbeiten mit ihm dürfte recht erfrischend werden. Unserem bisherigen Gauleiter, Kollegen Feinbals, vielen Dank für seine Unterstützung! — Bei Beratung der neuen Verbandsstatuten erklärte Kollege Müller, wie notwendig die Beitragserrhöhung sei und forderte die Mitglieder auf, die erhöhten Beiträge mit Freuden zu entrichten. Bei Durchberatung des neuen Tarifvertragesentwurfs kam nochmals der Wunsch zum Ausdruck, die Ueberweisung unserer Filiale in Ortsklasse I im Auge zu behalten. Der Antrag des Kollegen Müller, bei wiederholter Aufnahme in den Textilarbeiterverband 3 bzw. 5 Mk. Aufnahmegebühr zu entrichten, wurde einstimmig angenommen. — Kollege Jürgang referierte über Anträge der Delegierten auf Abänderung des Betriebsräte-

gesetzes auf der Gewerkschaftskonferenz in München am 14. September 1919. Er forderte zum festen Zusammenhalten auf, um die Erfolge der Revolution auf wirtschaftlichem Gebiete zu sichern. — Nach längerer, anregender Diskussion über laufende Tagesfragen schloß der Vorsitzende die prächtig verlaufene Versammlung.

Beromold i. Westf. Wir hielten am Sonntag, den 12. Oktober, eine Versammlung im Saale der Wwe. Wehmann ab. Kollegen Walter besprach in eindrucksvollen Worten die Beschlüsse der Generalversammlung in Plauen und ermahnte die Arbeiterchaft Beromolds, treu zum Verbandsverband zu stehen, Einigkeit nach jeder Seite hin zu wahren und gern und willig die Beitragserrhöhung zu zahlen. Mit allgemeinem Beifall wurde die Rede der Kollegen Walter aufgenommen. Danach sprach Kollege Krieger über Tariffragen, und es wurde festgestellt, daß wir in Verbandsverband noch weit hinter der übrigen Arbeiterchaft in der Lohnfrage zurückstehen. Der Obmann des Arbeiterausschusses brachte zur Kenntnis, daß, falls die Firma mehr Lohn zahlen müßte, sie den Betrieb schließen oder 50 Arbeiter entlassen müßte, was als Schreckbild aufgefaßt wurde. Einstimmig wurde die Kündigung des Tarifs beschlossen. Kollege Müller verlas noch das Gutachten des Reichskommissars über Kohlenverteilung. Mit der Mahnung, treu zum Verbandsverband zu stehen und das Vorpertagene zu beherzigen, wurde die Versammlung geschlossen.

Bekanntmachungen.

Vorstand.
Sonntag, den 26. Oktober, ist der
43. Wochenbeitrag fällig.

Monatliche
Arbeitslosenzählung.
Sonnabend, der 25. Okt.
ber, ist Stichtag für die Orts-
berzählung.

Die graue Karte ist einzu-
senden. Auch wenn keine Arbeits-
losen vorhanden sind, muß die
Mitgliederzahl (männlich und
weiblich getrennt) berichtet wer-
den.
Der Vorstand.

Das Mitglied Siegfried Lepp,
geb. 8. 5. 1861 in Schwerin, ein-
getreten in den Verband am
7. 7. 1905 in Berlin, hat sein
Mitgliedsbuch (Nr. 240 217) da-
selbst verloren. Bei etwaigem
Aufsuchen wolle man es uns
einreichen.
Der Vorstand.

Geschäftsführer-Gesuche.
Für die Filialen Neumünster
i. S., Kirschau i. S. und Kai-
serslautern unseres Verbandes
wird zum sofortigen Antritt je
ein Geschäftsführer gesucht.

Kollegen und Kolleginnen,
welche mit dem Verbandsleben
bestens vertraut sind und die er-
forderlichen agitatorischen und
schriftgeübten Fähigkeiten haben
und sich um die Stelle bewerben
wollen, sind ersucht, ihre Be-
werbung, mit der Aufschrift „Be-
werbung“ versehen, unter Beifü-
gung eines Aufsatzes über die
Aufgaben eines Geschäftsführers
an die Adresse des Kollegen
Karl Hübsch, Berlin D. 27,
Magazinstr. 6/7, bis spätestens
den 5. November d. J. einzurei-
chen. Zeugnisse und bergleichen
sind nur in Abschrift beizulegen.
Die Beitragsklasse ist anzugeben
und seit wann in der angegebenen
Klasse gezahlt wird. Bedingung
ist mindestens dreijährige Ver-
bandszugehörigkeit. Gehalt nach
den Beschlüssen der Generalver-
sammlung in Plauen. Das erste
Jahr gilt als Probejahr. Wäh-
rend der Dauer desselben besteht
eine vierwöchige Kündigungsfrist.
Der Vorstand.

Adressenänderungen.
Gau Hannover. Neumün-
ster. K. und Geschäftsführer:
Emil Heider, Fabrikstr. 32.
Gau Cassel. Cassel. V: Ro-
bert Weber, Cassel-B., Jakob-
gasse 10.
Gau Düsseldorf. Crefeld.
V: J. Baillat, Crefeld-Bodum,
Schönwasserstr. 223.
Dülmen. B: Alex Raps,
Oberbergstr. 1.
Mainz. V und K: B. Ja-
bian, Rüsselbeim i. H. Hessen, Darm-
städter Str. 15.
M. - Gladbach. V: Joh.
Busch, Rheindt, Bez. Düsseldorf,
Vereinsstr. 6.
Nebiges ist mit Langen-
berg i. Rhld. verschmolzen.
St. Lönis. V: Josef Spee,
Breite Str. 14. K: Joh. Drieske,
Vorster Str. 40.
Wülfrath. V: Gustav Win-
terberg, Kaiser-Wilhelm-Str. 46.
Gau Lörz. V: Hermann von der Klein, Haupt-
straße.
Staufen. V: Wilhelm
Kraft, Höllebergstr. 145.
Gau Stuttgart. Erbach. V:
Wih. Körber, Stodheim b. Er-
bach i. O. K: Karl Affemann,
Galleweg.
Gau Gera. Gera. V: E.
Giefner, Meuselwitzer Str. 36.

Gau Chemnitz. Buchholz.
V: M. Hermann, Geschäftsführer.
Buchholz i. Sa., Neugasse 4. K:
Otto Heine, Geschäftsführer,
Buchholz i. Sa., Neugasse 4.
Reinoldsdorf. V und
K: A. Schmidt, Altenhain bei
Einfiedel, Nr. 43.
Obernhan. V und K:
Franz Sturm, Freiburger Str. 18.
Gau Neugersdorf. Dresden.
V: Max Sachjenegger, Geschäft-
sführer, Schützenplatz 20. K: Al-
fred Seliger, Geschäftsführer,
Schützenplatz 20.
Pulsnitz. K: A. Müller,
Geschäftsführer, Ohorner Str. 190.
Zittau. V: Max Boden,
Kasernenstr. 58.
Gau Liegnitz. Breslau. V
und K: G. Güttler, Margareten-
straße 17.
Grünberg. V: Rob. Jrm-
ler, Savabe b. Grünberg, Nr. 76.
K: Karl Rindner, Geschäft-
sführer, Holzmarktstr. 23.
Reichenbach i. S. V:
Wolff Drieschner, Geschäftsführer,
Breslauer Str. 4. K: Gustav
Rimmer, Geschäftsführer, Bres-
lauer Str. 4.
Schweidnitz ist mit Reichen-
bach i. S. verschmolzen.

Gau Berlin. A. Scherleben.
K: Friedrich Ziegler, Oberstr. 23.
Berger. Damm b. Nauen.
V: Georg Grunow, Hanfbau. K:
Paul Sehlisch, Hanfbau.
Cottbus. V: G. Vertio, Ge-
schäftsführer, Gausener Str. 7.
K: P. Dörr, Geschäftsführer,
Gausener Str. 7.
Rudenwalde. V: R. Kor-
tenbeutel, Teubenbrüchener
Straße 6 L.

Ortsverwaltungen.
Deberan i. Sa. Die Geschäfts-
führerstelle ist besetzt; gewählt ist
Kollege Max Weiß, Leipzig-Lin-
denau. Allen Bewerbern besten
Dank.

Totenliste.
Gestorbene Mitglieder.
Apotha. Lina Fraischer, 80 J.
Marienwerder. Ferdinand Schulz,
Melsungen. Heinrich Dietrich,
Tuchmacher, 64 J., Magen-
leiden.
Neumünster. Peter Sasse, Vor-
legerin.
Peterswalde. Gustav Kunze,
Druckereiarbeiter, 53 J., Herz-
schlag. Emil Schneider, Weber,
38 J., Magen- u. Darmleiden.
Reichenbach i. S. Anna Seliger,
Witwe, 61 J., Herzschwäche.
Rheine-Schüttorf. D. Wehr-
meier, Lungenerkrankung.
Verbaun. Helene Wähler, 36 J.
Frieda Thiel, 25 J., Tuberku-
lose.
Züllichau. Wilhelm Paulke, 64 J.
Ehre ihrem Andenken!

Zusammenkünfte.
Mitglieder-Versammlungen.
Berlin. (Stickerbranche.) Don-
nerstag, 23. Okt., abends 6 Uhr,
Aula, Lange Str. 31: Bran-
chenversammlung.
Berlin. (Sticker.) Freitag,
27. Nov., abends 6 Uhr, bei
Erste, Wallstr. 32: Vertrauens-
leute.
Berlin. (Delateure, Presser u.
Seidenbandpresser.) Jeden
Sonabend nach dem 1. u. 15.
im Verkehrlotel, A. Schulz,
Stallschreiberstr. 39: Zahl-
abend.
Burgstädt. Sonntag, 2. Nov.,
in der „Deutschen Flotte“.
Rohwein. Sonnabend, 1. Nov., in
Wahers Restaurant, Schützenstr.

Redaktionschluss für die nächste Nummer Sonnabend, den 25. Oktober

Verlag: Karl Hübsch in Kallenberg-Alt-Glienicke. — Verantwortlich für alle
selbständigen Artikel Hugo Treffel in Plauen i. B. für alles andere
Paul Wagner in Berlin. — Druck: Norddeutscher Buchdruckerei und Verlagsanstalt
Paul Singer u. Co. in Berlin.

Redaktionschluss für die nächste Nummer Sonnabend, den 25. Oktober

Redaktionschluss für die nächste Nummer Sonnabend, den 25. Oktober

Redaktionschluss für die nächste Nummer Sonnabend, den 25. Oktober

Redaktionschluss für die nächste Nummer Sonnabend, den 25. Oktober

Redaktionschluss für die nächste Nummer Sonnabend, den 25. Oktober

Redaktionschluss für die nächste Nummer Sonnabend, den 25. Oktober